

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Monatszeitung: Vierteljährlich 65 Pfl., monatlich 22 Pfl., ohne Postbeleg, für Postbezug, Abrechnungszeit: Dienstag, Donnerstag und Samstagabend — Jahrlich 150 Nummern.

Leipzig, den 13. März 1920

Ar. 30

Abgabepreis: Vereins-, Fortbildungs-, Werbemarkt- und Todesanzeigen 20 Pfl., die fünfgeplante Zelle; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 50 Pfl., die Zelle. Rabatt wird nicht gewährt.

### Weiteres zur Situation

III.

#### Vermittelndes Eingreifen der Reichsregierung

Telegraphisch ersahen wir von unserm Verbandsvorstande, daß das Reichsarbeitsministerium eine Vermittlung zwischen den Parteien angebahnt hat. Am 12. März sollen vor einem Forum dieser Ministeriumsverhandlungen stattfinden. Der Termin stand jedoch noch nicht ganz fest. Es ist zu wünschen, daß es dem Reichsarbeitsministerium gelingen wird, die Prinzipalsvertretung noch zu überzeugen, wie sehr sie sich vor der Öffentlichkeit ins Unrecht lehnen würde, wenn sie dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses vom Reichsarbeitsministerium auch weiter die Anerkennung verleiht.

Es sei noch bemerkt, daß die in der vorigen Nummer ausgegebenen Nachträge der Verbandsleitung in Geltung bleiben, also die Erfüllung des Schiedsspruchs in der beschafften Form zu fordern ist. Bei Verweigerung ist der Lohn nur unter Vorbehalt in Empfang zu nehmen, Kündigungen haben zu unterbleiben.

#### Eine Konsolidation der Reichsregierung für das Zeitungsgewerbe

In der Nationalversammlung (9. März) antwortete ein Regierungsvorsteher auf eine Anfrage der Demokraten: Das Reichsständtum habe beschlossen, zur Ausreicherhaltung der Presse monatlich 10 Mill. Mk. zunächst auf die Dauer von drei Monaten zur Verfügung zu stellen, vorausgesetzt, daß die Städtestaaten sich an Maßnahmen zur Sicherung billiger Papierholzes beteiligen. Bisher habe über die überwiegende Mehrzahl das abgelehnt, Verhandlungen darüber schwanken bereits seit Ende v. J. Die Reichsregierung will nun den Bundesstaaten Vorschläge zu besagtem Zwecke gewähren. In vorheriger Nummer ist in einer Rundschaucollage von solchen Maßnahmen und Verhandlungen schon die Rede gewesen. Näheres ergibt sich nun aus der Regierungserklärung in der Nationalversammlung. Die Hauptursache der ungewöhnlichen Papierverfeuerung — sie ist im März noch fortgeschritten — liegt in dem Ausgehen der Zwangsbewirtschaftung des Papierholzes, wie in dem Bellagener Artikel in Nr. 25 näher ausgeführt worden ist. Der Standpunkt, auch von den Städtestaaten stift betriebene Holzwirtschaft soll nur in seiner Auswirkung für die Presse einigermaßen abchwächt werden durch diese Millionenaktion. Das ist zu billigen. Es ist aber zu verlangen, daß nicht wieder der Weg einer Rückvergütung an die Verleger von Tageszeitungen auf ihre Papierankäufe gegangen wird, sondern die Papierverzehrung eine Verbilligung erfordert. Bis etwa Mitte v. J. war es nämlich so, daß die Tagespresse eine Preisermäßigung von ungefähr einem Drittel genoß durch die staatliche Rückvergütung. Es konnte so der Fall eintreten — wir kennen das aus Leipzig —, daß ein Gewerkschaftsblatt, das gleiches Format und das nämliche Papier hat wie eine in derselben Druckerei hergestellte Tageszeitung, ein Drittel mehr für genau dasselbe Papier bezahlen mußte! Auch der „Ficr.“ mußte den vollen Preis bezahlen. Das war eine von uns mehrfach gerichtete Ungerechtigkeit, denn für die Volksallgemeinheit ist ein Gewerkschaftsblatt doch unbedingt wichtiger als eine reaktionäre Tageszeitung. Eine solche unterschiedliche Behandlung darf sich nicht wiederholen! Die Presse wird aber durch die Konsolidation der Reichsregierung eher in die Lage versetzt, ihre Angestellten und Arbeiter so zu bezahlen, daß sie als Menschen leben können. Die Unzulänglichkeit des Schiedsspruchs für die Tagespresse ist nun noch weniger gegeben.

In der Anzeigensteuer und der Zeitungsförderung vermochte die Regierung kein Einvernehmen zu zeigen. Ob eine Erhöhung bei der Erhöhung der Telegramms- und Fernsprechgebühren für die Zeitungen möglich sein wird, hängt von den weiteren Verhandlungen ab.

#### Konflikte

In Bremen, Düren, Münster und Mannheim ist es vorerst zur Arbeitsniederlegung gekommen. Meistens sind höhere Forderungen gestellt worden, als die Höhe im Schiedsspruch laufen. Der Lebensmittelkarlsdruck wird fortgelebt. Die sozialdemokratischen Zeitungen bewilligten und erschienen weiter. Wir bedauern solches Verlassen der festgelegten Taktik. Wie der Ausgang des örtlichen Vorabends in Elberfeld zeigt, wo nun zweierlei Bezahlung besteht für Zeitungsdirektoren und für die andern Betriebe gesondert, können daraus für die Kollegen üble Folgen entstehen, und die Uneinigkeit ist dann da.

#### Stellungnahmen der Gehilfenchaft

Zur Vertrauensmännerversammlung am 5. März in Berlin, die sich mit der Berichterstattung von der Tarifausdauernahme beschäftigte, reichte der 2000 Personen fassende Saal nicht aus, um die Menge der erschienenen Vertrauensleute aufzunehmen. Kollege Massini führte den Erklärenden als Vorsitzende in der respektlos verlaufenen Tarifausdauernahme vor Augen und beleuchtete damit die gewerbliche Gesamt situation aufs Beste. Er schloß seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit dem Appell an die Gehilfenchaft, Einigkeit, Ruhe und Geschlossenheit zu bewahren. Wenn man uns den Kampf antrifft, werden wir mit allen Mitteln kämpfen und mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft zu kämpfen wissen! Ob wir als Sieger daraus hervorgehen, wissen wir nicht; aber auch viele Unternehmer werden dabei auf der Strecke bleiben. Die Gehilfenchaft ist in den langen Kriegsjahren an das Hungertum gewöhnt. Ist der Kampf unvermeidlich, dann kann er lange dauern. Damit haben wir zu rechnen und müssen unsre Maßnahmen danach einrichten. Von der Regierung müssen wir über verlangen, daß sie begreift, daß wir von den Prinzipialen provoziert werden. Sie muß uns in diesem Kampf unterstützen. Die Prinzipiale sind gewarnet und die Regierung auf der Hut sein! Wenn man uns die Konsolidenz nehmen will, dann nebst mir auch auf die Konsolidenz der Prinzipale keine Rücksicht. Die kleinen Unternehmer, die sich von den Großen ins Schleppfau nehmen lassen, werden zuerst die Folgen zu tragen haben. Wenn wir in den Kampf gedrängt werden, nehmen wir ihn entschlossen auf. Da gibt es auch für uns keine Parteidistanz. Jeder hat dann hinter den Beschlüssen der Organisation zu stehen und diese mit aller Kraft durchzuführen. In dieser Stunde bedarf es der vollen Einmütigkeit der gesamten Kollegenchaft. In der Diskussion, für die eine Redezzeit von zehn Minuten festgelegt wurde, erklärte Kollege Böttcher, daß sich nach den Ausführungen Massinis jede weitere Stellungnahme erübrigte. Die Ansicht der Prinzipale sei, uns herauszufordern. Sie wollten auch den Verlust machen, den Abschlußtag zu durchbrechen. Es bleibe nur übrig, den Vorschlag Massinis anzunehmen. Kollege Karl Schmidt war mit dem Vorschlag des Vorstandes, den Schiedsspruch durchzuführen, einverstanden. Ein katholischer Fehler war es, den Prinzipialen schon vor der Tagung eine 25prozentige Druckpreiserhöhung zu bewilligen. Der Ausspruch des Vorsitzenden im Reichsarbeitsministerium, daß der Schiedsspruch keinen befreidigt, war in gewissen Kreisen richtig. Aber unter den heutigen Verhältnissen können man demselben zustimmen. Redner ging auf die Forderung der Prinzipale nach höherer Arbeitsleistung ein, worin Einsicht stecke. Die Nachnahme des Schiedsspruchs stelle eine Provokation der Gehilfenchaft dar. Kollege Lampé wies darauf hin, daß er bei der Bewährung der Zeiterwerbslage, welche viele Kollegen befürchtete, gleich negiert habe, dies sei nur eine Abschlagszahlung. Die Zeit habe ihm recht gegeben. Die Gehilfenvertreter hätten ihre volle Schuldigkeit getan. Nach dem Schiedsspruch befrügt ab 15. April das Minimum eines verhafteeten Kollegen 210,50 Mk. Damit werde auch noch niemand sein Auskommen finden können. Der Schiedsspruch bedeutet also das mindeste, was gegeben werden müsse. Den Vorschlag des Vorstandes werden wir annehmen. Die Bewegung werde uns das eine Güte bringen, daß auch viele unserer Kollegen ihr Gehirn zumal mehr anstrengen und über unser Wirtschaftsleben nachdenken. Die Buchdrucker haben 20 Jahre im Gewerbe in Frieden gelebt, unsere Kollegen haben während des Krieges hungrig und darben müssen, da werden wir auch die öffentliche Meinung für uns haben. Es werde zweitens einen Kampf geben, aber wir werden uns durchsetzen können. Kollege

Schleißler führte aus, daß jetzt nicht der Zeitpunkt sei, um uns in eine unangenehme Erregung hineinzubringen. Wir haben heute nichts zu untersuchen, ob wir als Arbeiter den Klassenspunkt verloren haben und deshalb die Prinzipale den Schiedsspruch ablehnen. Es gebe auch einschlägige Prinzipale, die noch in den letzten Tagen erklärt haben, daß es eine Schwäche sei, daß die Scharfmacher im Gewerbe einen Konsortium herbeiführen wollten, um ihre Macht durchzubringen. Wir müssen dafür sorgen, daß wir das Recht auf unserer Seite haben. Stehen wir Gewerbe bei Fuß? Dessen wir uns nicht von den Prinzipialen provozieren! Den Zeitpunkt des Angriffs wollen wir bestimmen, nicht unsre Unternehmer. Kollege Bartholomäus mußte konstatieren, daß wir inmitten eines grausamen Chaos stehen, und es sei nicht zu lehnen, wie wir herauskommen. Alle Forderungen haben uns weiteres Hungerschein gebracht. Wenn wir jetzt unsre Forderungen bestätigt bekommen, stehen wir genau so da. (Zwischenruf: Dann können wir ja vergleichen.) Wir drehen uns im Kreise. Wir brauchen keine Julage in Papier, sondern Lebensmittel. Was kann uns mehr Geld bringen, wenn wir uns nichts dafür kaufen können? Wenn wir den Auf der Prinzipale ins Auge fassen, es soll mehr gearbeitet werden, so gebe es um nichts andres als den Abschlußtag. Wenn wir mehr arbeiten sollen, dann muß erst unsere Lebenshaltung wieder besser werden. Wir müssen höhere Forderungen stellen, weil die Lebensmittelpreise steigen. Da vermissen Redner scharfe Maßnahmen gegen die Arbeiter. Es ist selbstverständlich, daß bei den heutigen Verhältnissen niemand den Streik wünscht. Wenn es aber heißt, für die Erhaltung seiner Christen zu kämpfen, werde jeder seinen Mann stellen. Kollege Förster: 30 Jahre lang hätten die Gehilfenvertreter etwas gebracht, von dem die Gehilfen nicht immer befriedigt waren, fügt aber doch immer damit einverstanden erklären. Den Gehilfenvertretern wurde Vertrauen geschenkt, das war berechtigt. Auch diesmal hätten die Gehilfenvertreter wie die Löwen gekämpft. Aber die Prinzipale wollten keine Verstärkung, sie wollten den Kampf. Weil sie ihn augenblicklich nicht wollen, diktieren wir ihnen den Gefallen nicht hin. Deshalb müsse Abschlußtag gewählt, es dienen keine Extrasätze auszuführen werden. Allen Maßnahmen des Verbandsvorstandes müsse folge geleistet werden. Kollege Kotte befürte, daß alle ehrlich seien mit den Forderungen der Gehilfenvertreter. Die Situation sei äußerst ernst; nicht nur für uns, sondern auch für die Unternehmer. Das Wichtigste sei, daß wir uns in den Betrieben durchsetzen. Die Unternehmer würden sich lästern, wenn sie glaubten, daß es in dieser Frage Wirtschaftskriechende und Oppositionelle gebe, da würden wir alle einig sein. Das Gewerbe auf Grund ausgehungerter Christen aufzuhören zu halten, gebe nicht an. Wir wollten uns mit dem Schiedsspruch einverstanden erklären und abwarten, ob er verbindlich erklärt werde. Gehe das aber nicht, dann müßten wir wie im Feld unter Mann stehen. Damit sei dann die Tarifgemeinschaft erledigt. Kollege Bierald führt u. a. aus: Den vom Kollegen Schmidt bemühten Preisabschlußtag von 25 Proz. auf die Druckpreise wegen erhöhter Materialpreise kommt nicht aus dem Wege gegangen werden, da es schon ein alter Antrag war, der tatsächlich berechtfertigt war. Die Scharfmacher bei den Prinzipialen seien nicht die Berliner, sondern die Leipziger gewesen. Die Berliner Prinzipale hätten sich redlich Mühe gegeben, eine Verständigung zu suchen. Kollege Löde erklärte, daß alle Kollegen einer Meinung seien, daß es um unsre Lebensfrage gehe. Neue Schaffall alle politischen Meinungsverschiedenheiten aus. Wenn wir in den Kampf gezwungen würden, müßten wir den Schlag parieren und die Löhnverhältnisse der Buchdrucker der Öffentlichkeit statuieren. Das würde unsern Kampf die Sympathie der öffentlichen Meinung sichern. Ein Schlusstagsantrag wurde vom Kollegen Engelhardt damit begründet, daß eine vom Vorstand inzwischen eingeführte Resolution so vorzüglich sei, daß alles weitere Reden überflüssig wäre. Der Schlusstagsantrag wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Kollege Massini stellte in seinem kurzen Schlusshörer fest, daß die Debatte gezeigt habe, daß eine einzige geschlossene Kollegenschaft im Saale sei, die gemeinsam mit dem Verbände und Bauvorstande zu arbeiten gewillt sei. Nachstehende Resolution des Bauvorstandes wurde hierauf gegen eine Stimme angenommen: „Sie heute, am 5. März, laufende Versammlung der Funktionsärzte des Reichs der Berliner Buchdrucker und Schriftsteller nimmt durch den Gehilfenvertreter über die Verhandlungen des Tarifausschusses Kenntnis. Sie ist entrüstet darüber, daß bei der herrschenden Not der Gehilfenhaft die Prinzipalvertreter

die Eingangsverhandlungen mit den Gehilfenvertretern, die bis zum Überstossen entgegengehkommen waren, schlossen Recht, obwohl sie ausdrücklich den Notstand der Gehilfenschaft anerkannt haben. Die Prinzipalvertreter haben aber auch den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums akzeptiert und dadurch bewiesen, daß sie eine Verständigung überhaupt nicht haben wollten. Um Gegenstand war dies nicht die Gehilfenschaft auf die Durchführung des Schiedspruchs beobachtet, obwohl beide die berechtigten Ansprüche der Gehilfenschaft nicht bestreiteten. Sollte auch die Berliner Prinzipalität dem Schiedsprache keine Folge geben, so steht sich die Gehilfenschaft gezwungen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln vorzugehen, um ihre Gehilfen weiter aufrechtzuerhalten." Kollege Brauk sprach hierzu die Verkündung mit einem Riff auf den Verband und die Geschlossenheit und Einigkeit der Kollegenschaft, in welches die imposante Versammlung bestens einftüllte.

Bei einer starkbesuchten Versammlung des Ortsvereins Karlsruhe, welcher auch Vertreter der Orte Baden-Baden, Bruchsal, Rastatt und Breisach anwanden, eröffnete Kollege Hof den Bericht über die Tarifauschlußverhandlungen und das Resultat des Schiedspruchs des Schiedsgerichts im Reichsarbeitsministerium. In seinen laichen Ausführungen forderte der Referent zum Schlusse die Versammlung an, sich der Regierung ihrer Schlüsse bemüht zu sein. Sämtliche Diskussionsredner gehörten das geringe soziale Verständnis der Unternehmer ihren Arbeitern gegenüber und missten auf die Unmöglichkeit hin, weiterhin zu den fehligen geringen Löhnen zu erarbeiten, die es den Kollegen nicht ermöglichen, sich mit ihren Familien durchzuhalten, mehrheitlich aber zur kürzer Überlegung und ruhiger Besonnenheit und manchen vorübergehenden lokalen Streit, so daß zum Schlusse der Versammlung unter Protest gegen die geringen Zugeständnisse der Unternehmer dem Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums zugestimmt wurde. Unter voller Würdigung des Crafts der Situation und unter der Parole der Einigkeit und Geschlossenheit fand folgende Entschließung des Vorstandes gegen wenige Stimmen Annehmung: „Die heutige, Montag, 8. März, stattgefundene stark besuchte Versammlung der Gehilfenschaft Karlsruhes nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem ablehnenden Verhältnis der Prinzipale gegenüber dem Schiedspruch des Schiedsgerichts im Reichsarbeitsministerium. Die Gehilfenschaft, schwer bedroht in ihrer wirtschaftlichen Existenz, ist wohl davon entsezt, den Schiedspruch als einen Ausgleich der fehligen Leuerung anzuerkennen. Stellt sich aber freilich auf den Boden der gegebenen Tatsachen und wird mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung des Schiedspruchs einztreten. Die Versammlung erneutet nun Verbandsvorstände bei eventueller Ablehnung des Schiedspruchs durch die Prinzipalität energische Schritte bei der Reichsregierung, um die allgemeine gesetzliche Anerkennung des Schiedspruchs für den genannten Deutschen Reich zu erwirken. Sollte aber wider Erwartung auch das Reichsarbeitsministerium keine Verbesserung erzielen, dann berichtet die Gehilfenschaft beim Verbandsvorstande sofortige energische Schritte zur Durchführung des Schiedspruchs. Notamt es zum Abschluß, daß die gesamte Gehilfenschaft ohne Abstandnahme für den Schiedspruch einzutreten und der Arbeit fortzuführen.“

Bei einer imposanten Plattenversammlung der Gehilfen des Kreises II in Köln berichtete am 7. März Kollege Ulrich über die letzte Tagung des Tarifausschusses. Er gab in kurzen Stichworten ein anschauliches Bild der Lage, die durch die Ablehnung des Reichsschiedspruchs durch die Prinzipale hervorgerufen ist. Kollege Ulrich verfaßte mit Nachdruck die Aussuffnung, daß die Prinzipale sehr wohl in der Lage seien, Lohnsteigerungen zu bewilligen, wenn sie sich in allen Fällen an den Durchschnittsraten halten würden und die Schnittkonkurrenz in ihren Reihen mehr bedämpfen. Um übrigens stellte er sich auf den Standpunkt, daß für das befehlte Gebiet alle Orte unter die „Facken“ zu rechnen seien und unbedingt daran festgehalten werden müßte, daß für das befehlte Gebiet, wo durch Münster und Schleiden geradezu sich überfließende Preissteigerungen Platz greifen sowie für die rheinisch-westfälischen Gebietsteile Souveränitätsbestimmungen festgelegt werden müßten. Der Referent kam dann auf die Tagung der Buchdruckerarbeiter Rheinland und Westfalen zu sprechen, die in einer Festsitzung sich dahin stellten: „... in allen aus der ablehnenden Stellung der Prinzipalitätsvertreter sich ergebenden Folgen den Anwendungen und Anordnungen des Zentralausschusses der Abwehrorganisation sich zu unterwerfen“. Diese Geschlossenheit der Unternehmer möglicherweise hat uns das Resultat gezeigt, Disziplin zu üben und einschläufig und geschlossen den Anwendungen der Organisation zu folgen. Während in der nun folgenden Aussprache Kollege Römer (Köln) für örtliches Vorgehen mit erneuter Forderung von 75 Pf. enthielt, warnte Kollege Greven (Aachen) vor teilweisem Vorgehen. Wir führen den Unternehmern nicht die Gelegenheit geben, wirksame Schlagkraft durch bestreites oder ortswesel Abstechen zu untergraben. Nur ein geschlossenes Vorgehen in ganz Deutschland verspreche Erfolg. Um üblichen Einsatz sprachen sich auch die übrigen Redner aus, wenn auch in einzigen Orten, wie Witten und Düsseldorf, die Stimmmung der Kollegen brexit ist, daß in diesen Orten ein Sondervorgehen sich nur schwer anstreben lassen werde. Kollege Krausk (Eisen) zeigte an einem Schaubild, welchen Erfolg das örtliche Vorgehen in Eisen gezeigt hat. Da nur vier fünfzig der Steckholzfabrikanten Verhältnisse erreicht haben, sei der finanzielle Erfolg im allgemeinen nur minimal und der moralische Erfolg gleich Null. Diese Schilderung folgte uns den Weg, daß nur die Gesamtheit der Organisation einen Erfolg erzielen kann. Kollege Brenner (Trier) teilte mit, daß das Gespräch bei

Karstell Triers eine Entschließung angenommen: „Für das befehlte Gebiet eine besondere Organisation zu gründen. Dem Arbeitgeber sei ein Arbeitnehmerbeauftragter der linksdeutschen Gebiete entgegenstellen“. Interessant war im weiteren die Mitleidung des Kollegen Börsig (Düren), daß der Nachweis erbracht werden kann, daß der Papierzucker in Düren besonders günstige Blätter gäbe. Möglicherweise ginge das Pfeier über die Grenze. An die das Gewerbe kostspieligen Handlungsmöglichkeiten und auch sonstige Prinzipale beteiligt. Bei seinem Schlußwort bezeichnete Kollege Ulrich nochmals die Wohlmeinung eines einmütigen Handels. Es handelte sich hierbei die Abtrennungsbemühungen Tries, wo erscheinend politische Elemente verdeckt, die Arbeit für Schwerpunkt für rheinische Souveränitätsbestimmungen zu benutzen. Mit großer Wehrhaftigkeit nahm die Versammlung folgende Entschließung an: „Die am Sonntag, dem 7. März, im „Götzenbach“ tagende Versammlung der karlsruher Gehilfen verurteilte entschieden das unslogische Verhalten der Prinzipale, das in der Ablehnung der Gehilfenschaftsverträge sowie dem die Gehilfenschaft auch unbedienenden Reichsschiedspruch zum Ausdruck kommt. Trotzdem der Schiedspruch für die Gehilfenschaft alles andre denn günstig ist, soll sie doch auf den Boden des Reichsschiedspruchs unter der Bedingung, daß gewiß den wiederholten Zulassungen der Prinzipalität für den Kreis II belastbare Zugeständnisse gemacht werden und zu diesem Zwecke des Kreisamtes fort einberufen wird. Konfrontieren auf dem Gebiete der Tariffrage also, lehnt die Versammlung ebenfalls ab.“ Der von mehreren Redacten für das Beleben unseres Gewerbes bekannte Wichtigkeit der Papiererzeugung Rethen fragend, wurde weiterhin beobachtet, an die hierfür in Große kommende Regierungsstelle nachdringliche Auseinandersetzung ansetzen. „In der Versammlung der rheinisch-westfälischen Buchdruckergriffen kam in überragender Weise zum Ausdruck, daß die bereits zurückliegenden und in nächster Zeit noch in verdecktem Maße zu erwartenden Kabinett-kämpfe lehnen darin mit ihrer Wucht haben, daß das Buchdruckergewerbe andauernd in der billigen und ausreichenden Papiererzeugung im östlichen Maße beschäftigt wird. Es droht der Zusammenbruch eines fast lebenswichtigen Gewerbes und damit der Aufstieg dieser laufenden kleinen Angehörigen. Dies zu beobachten ist Gade der heutigen Regierung, der wir hiermit dringend vor Augen führen, wie nötig hier ihr Eingreifen ist. Wir fordern Schaffung und ausreichende Papierlieferung, und zwar zu entsprechenden Preisen.“

Die Versammlung des Ortsvereins Lahr vom 6. März bezeichnete sich hauptsächlich mit der gegenwärtigen Situation. Die Versammlung war der Ansicht, daß die Ablehnung des Schiedspruchs in der Frage der Erhöhung der Tarifzulassung von Seiten der Prinzipalität nicht verstanden werden kann, da die vom Schiedsgericht festgesetzten Sätze in ihrer Ratenschlußfassung als sehr minimal bezeichnet werden müssen. Daß die Lage der Arbeiterschaft eine solche ist, läßt durch folgendes Denken werden: „Der heutige Unternehmerkampf ist im Gemeinschaft mit dem hiesigen freien Gewerkebüro und Gewerkschaften von 20 Pf. für männliche Arbeiter von 14 Jahren bis zu 1 Mark für männliche Arbeiter über 25 Jahre pro Stunde festgestellt und zur Gültigkeit gebracht. Ein dicker Vergütungsstab nehmen aber nur jüngere Branchen teil, die kleinen Reichs- bzw. Landesbetriebe. Auch der Südmärkte der weiblichen Arbeiter erhält entsprechende Erhöhung. Hierdurch rächt mancher ungeliebte Arbeiter sehr stark an das Buchdruckermäntum heran. Die Solz, Ledere und Metallerbeiter haben Stundenlohn von 8.70 Mk. bis 4 Mk., während der Buchdrucker, der das höchste Niveau besitzt, mit 2 Mk. pro Stunde abhängt muss. Die Versammlung erwartet, daß die Gehilfenschaften auf ihre Fortsetzung bestehen bleiben und gibt dabei die Verstärkung, daß die Gehilfenschaften auf ihre Fortsetzung bestehen bleiben und geben die Verstärkung, daß die Gehilfenschaften hinter ihnen stehen.“

In Magdeburg gab in einer Versammlung am 5. März der Gehilfenschaftsvertreter Adalbert (Salle) Bericht von der letzten Tarifauschlußtagung. Durch die „Vollziehung“ der neuen Satzung wurde die Abwehr anderswo ausführlich, doch kann zum Ausdruck, wenn die Prinzipale dem Schiedspruch des Reichsarbeitsamts noch zustimmen sollten, dann wüssten sich auch die bleibenden Gehilfen auf dessen Boden stellen. Die Ausrede des Unternehmerkreises, das Gewerbe könnte die Kosten nicht mehr tragen, müßt nun endlich zu den Akten gelegt werden, denn auch die Buchdrucker haben nicht Lust, andern Arbeiterkategorien gegenüber null unter Würde vor einem Weilchen im Verborgenen zu stehen. Mit dieser Satzung könne es an bleibenden Orten sowieso nicht abgelaufen sein, die Gehilfenschaft verlangt vielmehr endlich auch die schon öfter beantragte Erhöhung des Dokumentationsgeldes von 12½ auf 17½ Pf. Wollen also die Prinzipale uns das zur Leben Notwendige (auch der zu erhöhende Dokumentationsgeld bezüglich) nicht gewähren, dann werden wir den uns zugeworfenen Gehobenheitsdruck aufnehmen und den Arbeitgebern zeigen, daß die Gehilfenschaft eintig und geschlossen im Kampfe stehen wird. Folgende vom Kollegen Hartkurs begründete Resolution stand begleitet elastischer Aussicht: „Die am 5. März 1920 in der Halle der „Universität“ tagende, sehr stark besuchte Versammlung des Ortsvereins Magdeburg stellt sich nach Entgegennahme des Berichts ihres Gehilfenschaftsvertreters Adalbert (Salle a. d. S.) über die hauptsächliche Tarifauschlußtagung auf den Boden des vom Reichsarbeitsamt bestimmt Schiedspruchs. Sie befand jedoch ausdrücklich, daß der Schiedspruch nur zu einem Bruchteil einen Ausgleich gegenüber den ganz enorm gestiegenen Preisen der Lebensmittel und Betriebsmittel bringt und dadurch das Mindeste dessen darstellt, dem die Gehilfenschaft im Interesse der Erhaltung des gewerblichen Erledigens ihre Zustimmung geben kann. Die Versammlung ist fest entschlossen, dieser gefallenen Schiedspruch bei

Weigerung der Anerkennung selbstens der Prinzipalität mit allen Mitteln, auch den lebend und tödlichen, zur Anerkennung und Durchführung zu bringen. Die Verfasssteller erachteten es weiter als eine schreitende Ungewissheit, daß die Reichsabstimmungsfrage für Magdeburg immer noch keine Regelung gefunden hat, und erwartet auf das bestimmtste, daß die notwendige Erhöhung in aller Kürze herbeigeführt wird. Nach in dieser Frage liegen die Verfasssteller auf dem Standpunkt, daß sie vor dem lebend Mittel nicht zurücktreten werden. Mit dem bis jetzt gekommenen Webausnahmen der Organisationsleitung erkläre ich die Versammlung in jeder Beziehung einverstanden.“

Eine volle Versammlung in Ulm nahm Stellung zu der durch die Teuerungsfolgenbewegung notwendig gewordenen Verbandsabstimmung, die in Stuttgart begleit. Kollege Giesbrecht erfasste darüber ausführlich Bericht, der von der Mitgliedschaft mit Nachbarem Interesse verfolgt wurde. Ohne lange Debatte wurde folgende Auffassung einstimmig angenommen: „Die Mitgliedschaft Ulm nimmt Kenntnis eines Vergleichs in dem im Schiedsgericht festgestellten Urteil zugunsten der Prinzipalitätsvertreter gegen die Gehilfenschaft auf. Diese Seite erkennt die Gehilfenschaft als einziges Glied der Prinzipalität an. Die Mitgliedschaft Ulm nimmt Kenntnis einer Übereinkunft in dem im Schiedsgericht festgestellten Urteil zugunsten der Prinzipalitätsvertreter gegen die Gehilfenschaft auf. Diese Seite erkennt die Gehilfenschaft als einziges Glied der Prinzipalität an. Die Mitgliedschaft Ulm nimmt Kenntnis einer Übereinkunft in dem im Schiedsgericht festgestellten Urteil zugunsten der Prinzipalitätsvertreter gegen die Gehilfenschaft auf.“

## Auch eine Warnung

Die siebte Ortsfasserversammlung in Ulm nahm Stellung zu dem, was die Kollegenschaft Deutschlands und vornehmlich Leipzigischer Kollegen im beständige einige Worte zu richten.

Für die auftretenden Kollegen zweist ein sehr einiges Gründliches angebotenes Bild der Bekämpfung: Der große Saal ist überfüllt. Nach den Vereinsmitteilungen des Kollegen Hesselbach spricht der Kreisvertreter Kollege Begeiß über die Lage — ein artiges Thema. Doch die Opposition droht weiter. Man will das, was schon eingeklappt ist, nämlich das Abstimmung der Karlsruhe-Berliner Abstimmung, nochmals hören und dazu „Stimme“ rufen. Man will die Bekämpfung des Rechtslosen genießen! „Sei ich ein großer Los!“ rief ein Redner aus.

Der nächste Punkt der Tagesordnung: „Abstimmung von Kandidaten zur Gewerkschaftsmaß“, ist der Höhepunkt des „großen“ Tages. Kollege Hesselbach soll abgestimmt werden. Warum? Ja, warum? In der Versammlung konnte man verflucht wenig gegen diesen Kollegen vortragen. Er soll der Opposition das Leben schwer gemacht haben. Noch mehr derartiger Sündenweise erachtete man. Außerdem der Versammlung kann man es vorleben. Oppositionsmann erfahren, weshalb man den Kollegen Hesselbach nicht will; weil er der USP nicht angehört. Dies hätte man in der Versammlung ruhig eingeschoben lassen.

Außerdem kann ich zu dem, was ich mit welchen Sätzen eigentlich will: Ich will keine Worte brechen für die Verfolgung des Kollegen Hesselbach. Hat er verlost als Gewerkschaftler und ist ein besserer Gewerkschaftler da, gut, aber dann. Aber voneigen ich mich wende, das ist, daß man einen langjährigen Gewerkschaftsbeamten, dem sogar die Hoffnung zugeschrieben muß, daß er als Gewerkschaftler leicht und flüssig ist wegen seiner politischen Unliebe von seinem Amt entlassen will. Nicht eindringlich genug kann ich die Kollegen warnen, auf dem Begriff des Verbands aufzuhören. Das wird nicht zum Nutzen des Verbands sein.

Betrifft die Fähigkeiten einer Führer nicht nach der Parteidiscipline, sondern prüft ihr Vorleben auf die Voraussetzungen für den Verband hin! Geißt ihre Fähigkeiten als Gewerkschaftler, denn der Verband ist eine Gewerkschaft, und dann entscheidet, wenn ihr eine Stimme zu geben habt. Welcher politischen Arbeiterspartei jemand gehört, kann innerhalb des Verbands Rechten habe. Wenn wie ganze Männer an der Spitze haben wollen, so wird es offenkundig, daß die politische Unliebe des Führers eine andre ist als die der Verbandsmitglieds- oder Vereinsmitgliedschaft, denn nur charakterlose Leute richten ihre politische Meinung nach der jeweiligen Mehrheit. Und aufrechte Männer wollen wir doch an der Spitze haben — zu unserem Diensten, zum besten des Verbands.

Leipzig. Franz Winkelmann.

## Eine richtiggehende Leipzigische Buchdruckerversammlung

Der Kollege Willi Rippel (Breslau) beginnt seinen Artikel „Wir Radikalen“ (Beilage von Nr. 23 des „Kör“), mit dem Satz: „Radikal sein, heißt gründlich sein“. Für diesen Satz wie an den Artikel überhaupt mußte ich unwillkürlich denken, als ich am 5. d. Mts. in der Leipziger Kaufmännischen Versammlung zum „Volkshaus“ als Gast auftrat, um den Bericht des Kollegen Vogelius von der Tarifauschlußtagung anzuhören, der als erster Punkt auf der Tagesordnung stand. Hierbei wurde Türe und Ordnung bewohnt, alle schienen sich des Erstaunen der Situations bewußt zu sein. Ungeschickt der Erstes der Situation hätte man also erwarten dürfen, daß auch die übrigen Punkte der Tagesordnung mit Würde erlebt würden. Das ist ganz anders, kann und damit ein höchstes Schauspiel geboten wurde. Ist lediglich ein „Verdienst“ der Opposition. Gleich hatte in der Versammlung die Mehrheit, dementsprechend wurde alles auch recht radikal und „gründlich“ befehligt. Sogar einer auf und erlaubte sich eine andre Meinung zu haben als wie die Neunmalwieder-

der Opposition, damit wurde er „gründlich“ abgedröhnt, d. h. mit den in Leipzig üblichen Kritikworten belästigt oder am Weiterreden verhindert. Abgetrimmt wird immer so lange, bis die Opposition eben die Wehrheit hat. Und will es gar nicht klappen, dann heißt man einfach beide Hände in die Höhe. Gibt oder steht so ein Unfallsurteil von „Mehrbeisser“ unter der Opposition und nimmt gegen einen Antrag heran, dann gibt es eventuell Begegnungen (nicht etwa bildlich gemeint); nimmt er überhaupt nicht mit an, dann wird er angekettet. (Was leichter positiert ist selbst; als ich darauf antwortete machte, daß ich das Altenburg, also als Gott da sei, rief mir einer zu: „Sie in der Provinz habt ihr überhaupt keine Meinung!“)

Kollege Hellebarth als Verhandlungsteilnehmer durfte höchstens eine eigene Meinung über Richtigkeit oder Falschlichkeit einer Abstimmung oder eines Antrags aber wegen der Geschäftsführung schon gar nicht erlauben; tat er es, dann kamen sofort Worte wie Schlebung, Zuplatzmaße und andere töte Ausdrücke, aber es koste nur auf Kommando ein wütendes Spektakel ein. Hinter der Tafel des Gauvorstandes auf der Bühne hatten sich dem Vorsitzenden noch einige „Aufsichtsräte“ aufgestellt, und wenn dann die Geschichte nicht passte, dann griffen sie gern fahrlässiglich in die Geschäftsführung mit ein, sogenannter Verhandlungsteilnehmer am Rocke, korrumpierten die Zuhörerfolge des Redner u. m. Das im letzten Sache Gesetz schenkt auch so eine Erwagungskraft der Leipziger Opposition zu sein. (Um Gottes sake ich: Wenn das einem Vorsitzenden passierte, dann mögen solche Leute von der Bühne, doch sie Hals und Beine brächen.) Wie schon gezeigt, ist in Leipzig ein Verhandlungsteilnehmer ganz nutzlos, er darf sich wohl alle Gemeinschaften gefallen lassen, im übrigen muß er das ausüben, was die Mehrheit (des Opposition) befiehlt. Das sind so für allgemeine meine Bedrohungen bei dem Hauptpunkt der Tagesordnung für die Opposition: „Ausstellung von Randbuden zum Gauvorstand“. Aber noch einiges andre will ich den Kollegen nicht vorstellen, damit das Bild von „Radikal“ kein, heißt gründlich kein“ verständlich wird.

Kollege Engelhardt, selbst nicht anwesend, läßt der Verhandlung mitteilen, daß er des Gewerkschaftsrechtlichen seines Profs als erster Vorlesender niedergestossen. Von Angenommen gerade seitens der Opposition jetzt ein Votum für keine außenpolitisch fruchtbbringende Tätigkeit im Interesse der Arbeitersbewegung; gräßlich will man ihn auf dem Platz weiterbeschäftigen. Kollege Hellebarth muss aber verschwinden; nach Ausführungen mehrerer Oppositionsredner ist er wohl ein lächerlicher Gewerkschaftler, hat als Vorlesender des Geschichtsunterrichts und als Mitglied des Kartellschiedsgerichts ausgespielt die Interessen der Klassen wie der Arbeiterschaft überhaupt vertreten (Kollege Mener bestreitet ihn in einem Blatt allerdings als Arbeitsermüdet), freißt aber zutief Politik — d. h. nach der andren Seite — und kann überhaupt keine Verhandlung leiten. Ergo hat man ihm nicht auf die Nachfrage gegeben. Ja, man heißt sogar den Antrag, weil die verbreitete „Arbeiterschaft“ auf ihre Linie Kollegen Hellebarth wieder aufstellen wollen, allein die Linie der Opposition zu erhalten. Bei der Zusammenfassung der Verhandlung wird dieser Antrag natürlich angenommen.

Das ist Schade! Kollege Hellebarth hat nach Annahme dieses Antrags nicht mehr das Recht, an der Leipziger. Auf seine Frage, ob er dann nun noch der Mann für Leipzig ist, der eine eventuelle Gewerkschaftsbewegung, die angesichts des Genusses der Stiftung ja in Frage kommen könnte, lehnen soll, ist die Opposition erst ganz rotlos. Nachdem sie sich von ihrem Schreck erholt hat, geben ein paar Grüben auf und erkennen: „Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß Hellebarth die Gewerkschaftsbewegung an leiten soll!“ Man will also keine Gewerkschaft in die Hände eines Arbeitsermüdeten — frei nach Mener — legen! Eine grobe Gewerkschaftsordnungsdebatte ist ein. Dieser Antrag eines Vorstandes ist, und dem Hellebarth eine eventuelle Gewerkschaftsbewegung leisten soll, wird mit großer Mehrheit angenommen! Soebald verfügt eine Minderheit dagegen zu können. Auf Kommando: „Nicht abstimmen!“ geben die Hände aber wieder nieder und die Unstimmigkeit ist bestellt. Damit war dieses Trauerspiel erledigt.

Der Punkt „Gefordertwilligung für den Bildungsverband“ scheint kein Interesse zu haben, denn die Opposition schlägt ihn, der Saal zu verlassen — zu was braucht man, wenn man radikal ist und keine Bildung aus der „Leipziger Volkszeitung“ empfängt, noch einen Bildungsverband! Erst nachdem Hellebarth erklärt, daß es nur noch ein paar Minuten dauert, anschließend man sich gut zu bleiben. Letztlich kommt die Versammlung in etwa zehn Minuten geschlossen werden.

Um ehriges Wissenwerke für meine Aufraggereder zusammenzutragen, wollte ich den Kollegen Hellebarth nach dieses und jenes befragen, habe es aber unterlassen müssen, weil dieser in des Werkes wahrer Bedeutung mit seinen Kräften zu Ende war und durchaus kaum aufzuhören. Kein Wunder nach einer solchen „großen“ Versammlung! Als ich ihm die Hand drückte und „Gute Nacht“ sagte, tat es mir in der Seele nach, daß die Gesundheit eines lächerlichen Gewerkschaftlers durch solche Behandlung in den Versammlungen und anderwärts höchstens untergraben wird. Gibt ihr Gewerkschaften in Leipzig denn nicht, daß ihr Hellebarth gar nicht abzögern braucht? Wenn ich so weiter redete, hätte dringend ihn bestimmt darüber, wo er auch nicht mehr „scheißtig“ werden kann. Als ich so in Gedanken versunken dem Ausgangsplatz austrat, kam der Wirt und sprach in erregten Worten: „Es ist das letzte Mal, daß die Buchdrucker im „Volkshaus“ eine Versammlung abgehalten haben!“ Na nu, denke ich und drehe mich um. Da fiele ich dann die Belohnung: durchgefretene und gebrauchte Gläubler, kaputte Gläser, Papier und Mäsch auf dem Fußboden. Die Vorstandskollegen stehen dabei und müssen

ihre Stiftungen liegen lassen (dem Kellner — nahenhat bestimmt ein Kollege, wahrscheinlich Arbeitskollege — hat man Schellen angehängt, als er abseits Pendeln auf ihr Kreislauf anmerkten möchte). Welch Schall ist vor Ort! also mit Menschen, die nicht einmal in ihrem eigenen Heim, dem „Volkshaus“, sich anstrengt und gesäßes beschreien, sondern wie Besessene ihr eigenes Japaner kaputt schlagen, will man eine wirtschaftliche Erneuerung verhindern!

Das war eine „richtigsteckende“ Leipziger Buchdrucker-Verhandlung — in das nur denken! Meistens habe ich mich mit dem Kopf gestrichen und mich gefragt: „Sind du hier in einer Buchdrucker-Verhandlung oder in einer Verhandlung von Vogelscheuchen?“ Da sind wir Wilben in der Praxis doch bereits Werkmeister! Wir sind zwar nicht so „radikal“ und „verdächtig“, halten aber dennoch mehr die Kollegialität hoch und fördern jeden Arbeiter nach seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit ein und nicht nach seinem großen Mund. Praktisch arbeiten wir, jeder nach seinen Kräften, an der wirtschaftlichen Erneuerung mit und operieren nicht mit Schlagwörtern wie in Leipzig, wo die Meistren der Lärmeader nicht einmal das Verbandsstatut und den Tarif u. w. kennen.

Karl Misraug.

werdenden Beitragsabnahme müßte entgegenstehen werden, die aber sicher weit unter 75 Pf. blieben würde.

Nichts wird schmerzlos auf das Verbandsstatut als Erhöhung der Beiträge. Würde man eine Kürzungsumfrage darüber herstellen, ob Erhöhung der Beiträge mit Erhöhung der Unterstützungsgebühren im allgemeinen oder Beibehaltung der Beiträge und Unterhaltungsgebühren auf ihrem heutigen Stande erlaubt soll, so würde sich wahrscheinlich eine Mehrheit für letzteres ergeben.

Eine Abstimmung des Verbandsstatutes muß es sein, eine Abstimmung von dem Abschluß langfristiger Tarifverträge bestreiten. Unsere Tarifpartner von vor bis zwei Jahren dürften in der heutigen Schmalzzeit rechtlich längst gehen. (Unter Tarifpartner möchte ich hier nur die Regierung der Arbeitsbedingungen verstanden haben, eine Festlegung des Lohnes auf eine so lange Zeit ist angebracht der sich überfließende Verhältnisse ganz ausgeschlossen; in dieser Hinsicht dürfte der bisherige Weg der richtige sein, daß man bei weiterer Steigerung der Preise auch mit neuen Forderungen konfrontiert wird.) Es war ein Fehler seines unkennt Verbandsleitung, daß der Tarif nicht schon im vorigen Jahre gekündigt wurde; die Argumente, die den Vorstand dazu bestimmt, den Tarif nicht zu kündigen (Unübersehbarkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse) ist heute nur in verdecktem Maße vorhanden und werden noch recht lange vorhanden sein. Trotzdem muß der Tarif zwecks Revision gekündigt werden, sonst in ihrer Belehrungen enthalten sind, die die Revokation zwei Jahre nicht überleben dürfen.

Doch auch im Innern des Verbandes muß der Verbandsrat eine „Neuerierung“ vornehmen, jedoch anders, als der Vater dieses einmal geschilderten Werkes (Baldmann Hollweg) es im politischen Leben machen wollte, indem er es nur bei Vorlesen bewunderte ließ, bis dann das Volk zur Tat schritt.

Der § 1 des Verbandsstatutes kann eine Erweiterung erfahren dadurch, daß in Zukunft nur alle parteipolitischen und religiösen Fragen ausgeschlossen sein müssen in der Tätigkeit des Verbandes. Unter Parteipolitik dürfen nur die verschiedenen Arbeitersparteien verstanden sein. Gegenüber denjenigen Parteien, die die Betreibungen der freien Gewerkschaften bekämpfen, darf es keine Neutralität mehr geben. Hier muß der Kampf auch bei den Gewerkschaften eingesetzt. Es muß als Zeichen für unsern Verband gelten, für die Sache des Sozialismus: Männerarbeit zu leisten! Es dürfte wohl sehr wenige Kollegen geben, die heute noch Gegner des Sozialismus sind, und lebt wenn sie noch eine Meinung unter uns befindet, so kann es hier keine Rückbildung mehr geben. Wo die überwältigende Mehrheit der Mitglieder des Verbandes sich ein Ziel gesetzt hat, da darf es kein Verhandelspiel mehr geben. Da soll man offen Farbe bekennen. Daraus aus der Neutralität und offener Kampf gegen die Gegner des Sozialismus!

Die Demokratisierung des Verbandslebens muß natürlich auch eine Aufgabe des Verbandsrates sein. Mach führe die Abstimmung der Mitglieder bei wichtigen Anlässen ein (Wahltagseröffnung, Konstabelfest). Denkt wird manchmal Unmut verlieren, der sich heute noch geltend macht. Viele gegenwärtige wilde Streiks werden vermieden werden, wenn die Mehrheit der Mitglieder die Abstimmungen aufstellt.

Auch in der Verbreitung unseres Verbandes auf den Gewerkschaftskongressen muß eine Änderung eintreten. Es geht nicht an, daß die Vertreter unseres Verbandes im Namen der Mitglieder wichtiger Bevölkerungen auftreten, wo die Mitglieder nicht den getätigten Einfluß auf die Wahl derselben haben. Hier muß die Ueberzahl Platz greifen. Ganz dann wird von einer Wahlen abgesehen ein Kongress getagt werden können, wenn alle Vertreter von den Mitgliedern zu dem Kongress gewählt worden sind. Es war diesen bestimmt, daß auf dem Münchner Gewerkschaftskongress ein Wahlsitz, der die Ueberzahl für alle Kongressteilnehmer durch den Kongress herbeiführen sollte, von der Mehrheit des Kongresses (mit Clubclub der Vertreter unseres Verbandes) abgelehnt wurde. (Die Ueberzahl bleibt jeder Gewerkschaft überlassen. Red.) Nun steht nun unter Verbandsflag dieses fun.

Einen sehr breiten Raum in den Verhandlungen des Verbandsstags dürfte der Zusammenschluß der städtischen Verbände einknicken. Durch das allerorts einschlägige Dringen der Mitglieder sämlicher Verbände darf man sich dazu verstanden, den Graphischen Bund zu gründen. Daß dies nur der erste Schritt im Zusammenschluß sein soll, ist uns durch unsre Güter zwar verfestigt worden. Doch wird man das Gefühl nicht los, daß man hier etwas zaghofft vorgeht: Ich möchte es hoffen, daß man von unten her an die Aussage gehoben wurde. Auskünfte von Führern lassen deutlich erkennen, daß man dem Zusammenschluß recht kritisch gegenübersteht oder doch stand. Mir erscheinen die Schwierigkeiten nicht so groß, daß nicht in absehbarer Zeit ein graphischer Industrieverbund auf zentralgewerkschaftlicher Grundlage erscheinen kann. Ist erst einmal der gute Wille feststellbar vorhanden wird ich wohl auch der Weg leichter finden.

Dem Verbandsstags wird es leichter vorbehalten sein, die Wege zu bestimmen, die in Zukunft gegangen werden sollen, doch Aussage der Mitglieder ist es, schon vorher durch eingehende Stellungnahme, auch der Delegierten gegenüber, ihren Einfluß nach der einen oder andern Seite geltend zu machen. Die Vorfährt des Verbandsvorstandes über das Unterstützungswezen erscheint mir mit Rücksicht auf die gänzlich anderen gearteten Verhältnisse als ein Rückschrift. Daß wie andere Wege beschreiten mögen, das wird der Wille vieler Kollegen sein. Seien wir darum nicht zaghofft! Nur dann können wir dahin kommen, wohin wir alle streben: Verwaltung!

Düsseldorf.

Edolf Wob.

